

Durchgreifendes! Und nun soll nach 50 Kriegsmonaten Hilfe erfolgen, aber nur — nach weiteren sechs Wochen Verzögerung. Kann man es verstehen, daß solche Kanzleranfügung mit ihrer harmlosen Unbeforgtheit jedoch Verblüffung im Hauptsaal hervorrief. Kann schließlich das Vertrauen auf Erfüllung dieser Zusagen durch den Reichstanzler groß sein, wenn er sich selbst zum Hinweis auf seine eigene Machtlosigkeit veranlaßt hat?

Es war lobenswert, daß man einem alten verdienten Manne gegenüber die weitgehendste Rücksicht übte. Aus Rücksicht legte man dem Reichstanzler nicht deutlich seinen Rücktritt nahe. Sind aber heute derartige Gefühle noch angebracht? Rechten Endes handelt es sich doch um mehr, als um Jenen und Belagerungsgesch. Es handelt sich um die Vereinfachung der Angelegenheiten in Deutschland. Es muß wieder eine Zentralstelle geben, die über alle Informationen auf allen Gebieten verfügt und die Entscheidung in kürzester Frist zu treffen vermag. Die Fingel der Regierung müssen einfach in den Händen von Männern liegen, die diejenige Einfachheit besitzen, die in jeder Stunde genügende Sicherheit des Bildes verleiht. Gerade die Debatten der letzten Tage haben bewiesen, daß zur Stunde die oberste Leitung der Regierungsgeschäfte nicht in Händen liegt, die die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Situation zu meistern vermögen. Die Entwicklung ist zu weit vorgeschritten, als daß man heute noch sagen könnte: Nur seine Kräfte! Ein Vertiefen dieser Lage bringt uns nur in eine immer größere Aris. Not, dringend not tut uns der Mann großer Entschlüsse und Taten auf politischem Gebiete. Aber wo ist diese Kraft, die gleich einem Sündenbogen vor der großen Schlacht in Dipsreusen auf der Verletzung aufsteht und mit einem kühnen Ruerschlag das Regierungsgeschäft zu klar erkannten Zielen bringt? C. H.

Hertlings Kompromiß.

Berlin, 27. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die Tatsache, daß der Reichstanzler bei Beginn der heutigen Sitzung des Hauptsaalbesuches in der Frage der Jenur und des Vereins- und Besammlungsrechtes eine Art Kompromiß vorschlug, bemut, wie der „Woz. Zig.“ geschrieben wird, den Wehrheitsfraktionen, daß Graf Hertling aus der Vorgängen in den bisherigen Debatten des Ausschusses nicht die völlige Lösung gezogen hat, daß sein Vordritt die Lösung der letzten Schwierigkeiten erschweren werde. Der Kanzler scheint den Wunsch zu haben, vorläufig die Wahlrechtsfrage zur Entscheidung zu bringen und auch die nötigen Vorbereitungen für die Streidung des Schlußsatzes des Artikels 9 der Verfassung zu treffen. Es läßt sich nicht verhehlen, daß dieser Entschluß des Kanzlers innerhalb der Mehrheit ein großes Ereignis hervorgerufen hat. Bei der Abstimmung, die der Reichstanzler persönlich geleitet, ist den Wehrheitsfraktionen natürlich sehr schwer, deutlicher als bisher schon geäußert, ihm nahezu legen, daß der Vordritt seines Vordritts in der jetzigen Zeit höchst bedenklich ist, aber da das Zentrum es nicht über sich vermag, dem aus seinen Reihen hervorgegangenen Staatsmann in der Angelegenheit der Verfassung die innere Überzeugung des größten Teiles der Zentrumsabgeordneten ist, so scheint man sich heute in die Falle fangen zu wollen, daß es dem Grafen Hertling selbst überlassen bleibt, den Tag zu wählen, an dem er sein Amt niederlegen will. In den Kreisen der Volkspartei und schließlich auch der Sozialdemokratie, ja auch bei beträchtlichen Teilen des Zentrums hat das Kompromiß, das Graf Hertling vorschlug, nicht im mindesten Eindruck gemacht. Andererseits scheinen die Sozialdemokraten bereit, abzuwarten zu wollen, bis Zentrum und Volkspartei in gemeinsamen interaktionellen Beratungen mit ihr den Weg für das später gemeinsame Vorwärtsschreiten gefunden haben.

Das Vertrauen des Zentrums.

Berlin, 27. Sept. Das Charakteristische der Entwicklung der innenpolitischen Lage ist nach der Auffassung der „Germania“ das unveränderbare Bestehen der Reichsleitung, allen berechtigten Wünschen und Beschwerden nach größter Möglichkeit entgegenzukommen. Der Berliner Korrespondent der „Kölln. Volksztg.“ erklärt zu den Deutungen, die die Rede Gräbersers verschiedentlich in der Presse erlief, daß er ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt wurde, daß die Rede als offenes und unumwundenes Bekenntnis des Vertrauens zum Reichstanzler aufzufassen werden muß.

Der Charakter der Rriffs.

Berlin, 27. Sept. Die „Börsezeitung“ meint: Der gestrige Verlauf der Beratungen im Hauptsaal ließ erkennen, daß tatsächlich eine Kanzerkrisis bestie. Daran habe auch die Erklärung des Grafen Hertling nichts geändert. Wenn man davon Abstand genommen habe, die Sache auf die Spitze zu treiben, so sei man sich in der überwiegenden Mehrheit klar darüber, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung nur eine Frage ganz kurzer Zeit sei. Bis zu diesem Zeitpunkt vielleischt könne Graf Hertling in seinem Amte verbleiben. Der „Berliner Vol.-Anz.“ spricht von Abschlagszahlungen, die der Reichstanzler geltend den Wehrheitsparteien angeboten habe. Aufser Soloban an der Front würden erkannt sein und aufgehoben, was das für Sorgen seien, mit denen man sich in der Heimat nahezu ausschließlich beschäftigt. Man könne es dem Grafen Hertling nachsagen, daß er es für unter seiner Würde hielt, das Verdict selbst mitzumachen, indem sich die Wehrheitsparteien gegenüber dem von ihnen selbst aufgestellten Programm der Parlamentarisierung gefaßen. Das „Berl. Tagebl.“ sagt: In den Wehrheitsparteien herrscht allgemein die Auffassung, daß die Krisis fortbesteht, daß sie aber einen solchen Charakter anzunehmen scheint.

bleibt der Kriegsminister?

Berlin, 26. Septbr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Vorwärts“ hört, wurde aus Anlaß des kriegsministeriellen Erfolges, der im Juli d. Z. einging und das Verbot von Versammlungen zugunsten der Friedensresolution des Reichstages bestimmend angeordnet, daß alle Erfolge des Kriegsministeriums der vorherigen Genehmigung des Reichstanzlers unterlieft werden. Darüber soll Herr von Stein sehr verstimmt sein und dies soll auch den Anlaß gegeben haben,

daß er den Sitzungen des Hauptsaalbesuches, in denen er einen Sturm gegen sich erwarren mußte, gar nicht mehr beizuwohnte. Nach anderen Mitteilungen des „Vorwärts“ steht der Rücktritt des Kriegsministers bevor. In politischen Kreisen will man sogar wissen, daß der Kriegsminister seine D-mission bereits eingeleitet habe.

Bulgariens Ministerpräsident bietet der Entente Waffenstillstand an.

Berlin, 26. Sept. Es liegen Nachrichten vor, wonach von dem bulgarischen Ministerpräsidenten dem Führer der gegen Bulgarien operierenden Ententetruppen das Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet worden sei. Wie gemeldet wird, ist Herr Malinow mit diesem Angebot auf eigene Hand, ohne Zustimmung des Königs und des Parlamentes und der bulgarischen Heresleitung vorgegangen. In den bulgarischen Kreisen Bulgariens hat dieses Vorgehen Malinows große Erregung hervorgerufen. Mitteltägige Maßnahmen zur straflosen Unterjüngung der bulgarischen Front sind im Gange. Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinow macht sich, nach den letzten Nachrichten aus Sofia zu urteilen, bereits geltend.

Eine bulgarische Stimme.

Sofia, 23. September. In Besprechung des Eindrucks, den die Nachrichten von dem teilweisen Rückzug der Truppen in Macedonien gemacht hat, schreibt „Echo de Bulgarie“: Der Feind weiß, daß selbst in der größten Hitze des Kampfes, trotz des Jades, den uns die französische Presse Presse zuwendet, sein ernst zu nehmen. Geist im gegenwärtigen Lager gewagt hat die Restmässigkeit unserer Ansprüche auf Macedonien zu brechen. Soll es um die Moral unserer Bevölkerung gehen, der man an die empfindlichsten Fäden ihrer Seele rühren will? Was der Feind durch die eskibitäre Pressefische erreichen will, die der militärischen Aktion voranging, ist klar ersichtlich. Er will eine Presse schlagen in den Kopf des Herubandes, indem er Bulgarien bedroht. Der Streich ist also ebenso gegen uns wie gegen unsere Verbündeten gerichtet, aber was der Intrige nicht geüht ist, wird auch der Gewalt nicht mehr gelingen. Geht auf der diplomatischen Front, wo sie dem Feind die lokale Friedenshand hinstreckt, sind die Verbündeten auf dem Schlachtfeld einer auf den anderen gestellt angehts des gemeinsamen Feindes.

Gegen Wilsons Schrottkinten.

Berlin, 27. Sept. Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung der hiesigen schweizerischen Gesandtschaft eine Protestnote zur Übermittlung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika überreicht, in der Bewahrung gegen die Behauptung von Schrottkinten durch amerikanische Soldaten eingeleitet wird.

Die deutsch-amerikanischen Gefangenensfragen.

Bern, 24. Sept. Am Dienstag, den 24. September, eröffnete der Bundespräsident die Konferenz über Kriegsgefangenenfragen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Leitung der Verhandlungen übernimmt der Minister Dindorf, Chef der Abteilung für die Vertretung fremder Interessen und die Internierung von politischen Departement.

Schwedisches Charakterbild Wilsons.

Stockholm, 26. Sept. Das Jungsozialistenblatt „Hofvets Dagblad“ entwirft folgende Charakteristik Wilsons: Lange war Wilson ein höchst unklarer Nebelstein am weltpolitischen Firmament, jetzt beginnt es sich um den Wilsonschen Himmelskörper zu klären. Aus den Nebelmassen demokratischer Phrasen tritt immer deutlicher ein imperialistischer kontrarevolutionärer und kriegstoller Stier erster Ordnung hervor. Wilson will keinen baldigen Frieden. Nicht einmal von Friedensbedinungen will er etwas wissen und vermeist sich auf seine vierzehn Punkte. Aber zwei Tage später hat er Bekenntnisse. Wenn die Mittelmächte die vierzehn Punkte anerkennen würde, dann wäre ja der Frieden vor der Tür. Aber Frieden will Wilson noch lange nicht, er will Europa richtig verbluten und Wilson ein fünf oder zehn Millionenheer in der alten Welt zusammenbringen, damit diese eine gehörig große Kolonie für die Kapitalisten der neuen Welt wird. Deswegen lieft Wilson erklären, daß er, auch wenn die Mittelmächte die vierzehn Punkte anerkennen würden, eine Friedensdiskussion trotzdem nicht beginnen könne. Wilson ist auch kein Demokrat. Wer einen sozialistischen Staat führen will, um einen kapitalistischen wieder einzufügen, wer für Verhöhnungen gegen eine Arbeiter- und Bauerregierung Partei nimmt, wer gefälschte Dokumente veröffentlichen läßt, um eine revolutionäre Regierung moralisch zu töten, der ist offenbar ein kapitalistischer Kontrarevolutionär.

Wilson ist auch nicht human. Ege jemand Humanität von anderen verlangt, muß er selbst vom Geiste der Humanität durchdrungen sein. Jeder weiß, daß die härteste, brutaleste Form des kapitalistischen Druckes in Amerika vorkommt. Kein größeres humanitäres Wert könnte Wilson aussprechen, als wenn er den amerikanischen Kapitalismus bekämpft, indem er für den Sozialismus eintritt. Aber Wilson ist Antiozialist. Er will das kapitalistische Gesellschaftssystem mit seinem Waffenpolster und seinen Milliardenbehältern behaupten. Wenn die Arbeiter höheren Lohn verlangen, werden sie an die Front geschickt. Wenn die Arbeiter die Friedensbedingungen zeigen, werden verhaftet, Priester, welche für den Frieden reden, werden bestraft, Sozialisten, welche für den Frieden reden, werden getötet oder ins Gefängnis geworfen. Allein in Chicago sind 300 spanische Sozialisten verhaftet worden. Das Land ist übersäet mit Polizeipionieren und das Angeberglück feiert Omgien. Dies ist das Bild des fast souveränen Diktators, welcher im Namen der Humanität den Kreuzzug gegen die russische sozialistische Republik predigt.

„Der Triumph der Waffen.“

Paris, 26. September. (Havas.) Im Laufe eines vom Minister des Wehrens zu Ehren von Compers gegebenen Bankettes erklärte Wilson: Genau wie Wilson und wir erblickt auch Compers nur in dem Triumph der Waffen die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, für welches Millionen von Men-

schen ihr Leben opfern. Er wolle jeden Schmädegedanken oder eine Beleidigung mit den feindlichen Regierungen zurück. Wie Wilson und wie wir läßt er Verhandlungen mit dem Feinde nur für den Tag zu, wo dieser sich als bester erklärt. Compers hat seinen Platz an der Seite der Führer dieser herrlichen Armee, die aus der neuen Welt gekommen ist und die den verbündeten Nationen gegen die germanische Barbarei das ausgleichende Uebergewicht für den Sieg brachte, an den niemand mehr zweifelt. Ich verbinde den Namen Compers mit dem Wilsons, die in unferen wie amerikanischen Augen den Kampf bis zum Äußersten für die Befreiung der Völker verkörpern.

Rumäniens Senat und die Bestrafung des Kronprinzen

WTB. Bukarest, 26. Sept. Im Senat erklärte General Januowski, daß die Bestrafung des Kronprinzen Carol mit 75 Tagen festem Arrest die militärischen Vorkäufte verleihe, denn die Strafe, die 60 Tage überhöre, müße von den Anzügen des Militärgerichts verhängt werden. Habe sich Prinz Carol ohne Erlaubnis seiner militärischen Vorgesetzten verhehelt, so müße er nach den Vorschriften der Gesetze als Militärperson aus dem Heere ausgeschlossen. Seine Immunität als Senator (der Kronprinz ist verfassungsgemäß Mitglied des Senats) sei durch die verhängte Strafe verlegt. Auf seinen Fall aber könne Prinz Carol Kronprinz bleiben. Senator Getota föhnte mehrere Fragen in ähnlichem Sinne. Ministerpräsident Maraschlovan antwortete, daß der König eine bestimmte Disziplinarstrafe verhängt habe, um zu zeigen, daß ein königlicher Prinz wegen militärischer Verstöße eine härtere Strafe erhalten müße als andere Offiziere. Heber die Haltung der Strafe hat der Ministerpräsident den Senat, die weiteren Mitteilungen, die er baldigt machen werde, abzuwarten.

„Lediglich ein Mandat.“

WTB. Bern, 27. Sept. Soweit sich die italienischen Blätter der schweizerischen Presse überhört, überhört anfangs, helfen sie die Bestrebungen für eine Parlamentarisierung der deutschen Regierung lediglich als ein Mandat zur Fortsetzung der Friedensoffensive hin.

Deutsches Reich.

Eine Rundgebung zur neunten Kriegsanklefe.

Dresden, 25. September. Gelegentlich seiner Gründung veranlaßte der schweizerische Bundesverband der deutschen Sparfassenbeamten eine Rundgebung zur neunten Kriegsanklefe und nahm folgende Entscheidung an: Die Feinde Deutschlands wollen keine Verständigung, ihr Ziel ist die Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des Deutschen Reiches. Angehts eines solchen Vernichtungswillens müssen alle Kräfte zur Befreiung Deutschlands und des Deutichums in der Welt eingesetzt werden. Dazu gehört auch die Verfügungsmachung aller Geldmittel im deutschen Vaterland. Die bevorstehende neunte Kriegsanklefe muß ein glänzendes Zeugnis eigener Zähigkeit und unbegrenzten Willens zum Ausdauern bis zur ehrenvollen Beendigung des uns aufgebenden Kampfes geben.

Die Leute in Dresden verammelten Sparfassenbeamten aus dem Königreich Sachsen geloben im Einverständnis mit dem schweizerischen Sparfassenverbande, für dieses Ziel mit ganzer Kraft tätig zu sein und dazu beizutragen, daß auch die neunte Kriegsanklefe eine finanzielle Erobtat wird. In einem solchen Erfolge erblickt die Verammlung ein taugliches Mittel zur Stärkung des Krieges.

Verammlung der Unabhängigen in Berlin I.

Unter dem Vorsitz des Landtagsabg. Adolf Hoffmann, der mit hiesigem Beifall begrüßt wurde, fand Donnerstagabend eine Wählerverammlung der Unabhängigen in Berlin statt. Der Kandidat der unabhängigen Sozialdemokratie, Metallarbeiter Richard Müller, stellte sich mit einer längeren Rede vor, in der er sehr heftig die sozialdemokratische Partei angriff. Nachdem Müller geendet hatte, verlangte die Polizei, daß eine anwesende Militärperson den Saal verlasse. Die Verammlung nahm diese Aufforderung mit Anruhe auf, es wurde ihr jedoch Folge geleistet. Der zweite Redner war der Reichstagsabgeordnete Cohn, der gleichfalls in längeren Ausführungen gegen die Partei Eberichsbedemann sprach. Mit einer längeren Rede Adolf Hoffmann ging dann die Verammlung zu Ende. Hoffmann rügte bei dieser Gelegenheit heftige persönliche Angriffe gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Seimann.

Ausland.

In Rußland kein Massenterror mehr.

Moskau, 25. Sept. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphenbureaus.) Die Zeitung „Mir“ meldet die Zurückziehung des Dekrets über den Massenterror. Ein Zentralkomitee sei die Frage des Zerrors erörtert worden, wobei Lenin den dringenden Wunsch ausdrukt, wieder zu den guten Methoden der Revolution zurückzukehren. Die Mehrheit habe sich ihm angeschlossen.

Der Fall Caillaud dem Staatsgerichtshof überwiesen.

Genf, 26. September. Die Agentur Radio meldet aus Paris, daß die Regierung die Caillaud-Angelegenheit jetzt ausschließlich dem Staatsgerichtshof überweisen habe. Der bezügliche Dekret zur Unterzeichnung vorliegen. Durch ein zweites werden die staatsanwaltschaftlichen Funktionäre beim Staatsgerichtshof ernannt werden.

Provinzial-Nachrichten.

Gatterbach, 27. Sept. (Häufige im Feibe.) Die vermittelte Frau Auguste Kreidewitz von hier hat auch ihren fünften und letzten Sohn dem Vaterlande zu Diensten geben müssen und ihr Wunsch ist darum verständlich, daß er ihr gesund erhalten werden möchte. Die zwei älteren Söhne sind bereits je einmal, der dritte Sohn, der auch das Eiserne Kreuz besitzt, ist gar schon dreimal verwundet worden. Die letzten beiden sind bis jetzt davon entkommen.

Deftau, 27. Sept. (Eine Wolltäterin.) Die in ganz Anhalt durch ihr Verbum zum Moble ihrer Mitmenschen bekannte Frau von der Burg ist hier im hohen Alter von 87 Jahren